

Zu Beginn der Debatte nimmt der Bürgermeister Stellung. Bisher sei er immer stolz auf die pädagogischen Grundschulkonzepte gewesen. Leider müssten alle heute feststellen, dass von den 44 Anmeldungen von Kindern aus dem Schulbezirk Harmonie nur 5 Anmeldungen auch in der Grundschule Harmonie erfolgten, also die übergroße Mehrheit von 39 Kindern von ihren Eltern bewusst in einer anderen Grundschule angemeldet worden seien. Diese „Abstimmung mit den Füßen“ könne man nicht ignorieren. Auch wenn sich noch sechs weitere Eitorfer Schulneulinge für die Grundschule in Harmonie entschieden hätten, bliebe festzuhalten: Eine Eitorfer Grundschule, die nur von 11 Kindern bzw. deren Eltern eines Eitorfer Grundschuljahrganges ausgewählt wird, sei selbstständig nicht überlebensfähig. Man nehme als Schulträger in einem gewissen Rahmen gerne auch Kinder aus Nachbargemeinden auf. Eine Schule für Kinder aus Nachbargemeinden zu unterhalten, eine Schule zu „tragen“, in der nur noch ca. die Hälfte Eitorfer Kinder seien, wie aktuell beim neu angemeldeten Jahrgang, sehe er allerdings nicht als Aufgabe der Gemeinde an. Daher plädiere er für einen Schulverbund der Schulen Brückenstraße und Harmonie, um den Schulstandort in Harmonie zu sichern, so wie es der beschlossene Schulentwicklungsplan auch vorsehe. Über den Weg dahin und die Geschwindigkeit könne man trefflich streiten. Er sei diesbezüglich offen.

Frau Zorlu erklärt, dass die SPD-Fraktion die Auffassung des Bürgermeisters nicht teile. Zudem sei der im Schulausschuss seitens der FDP vorangetriebene Antrag übereilt. Dies entspreche auch nicht der politischen Zielsetzung der SPD. Der Anspruch der SPD-Fraktion sei, im Idealfall alle vier Standorte zu erhalten. Die Zusammenführung von Schulstandorten müsse das letzte Mittel sein und nicht schon am Anfang stehen, während überhaupt noch nicht alle Fakten auf dem Tisch lägen. Zu berücksichtigen sei beispielsweise die Zahl der Flüchtlingskinder und die Entwicklung im neuen Wohngebiets Blumenhof. Die Vielfältigkeit an pädagogischen Konzepten gelte es zu erhalten. Der Austausch zwischen Lehrern und Eltern und die entsprechende Vorbereitungszeit müssten gegeben sein. In der Form werde man der Beschlussempfehlung des Schulausschusses in Bezug auf die GGS Eitorf und die GGS Harmonie nicht folgen. Da die Eilbedürftigkeit zum jetzigen Zeitpunkt nicht bestehe, sei die FDP-Fraktion gut beraten, den Antrag zurückzuziehen.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von Frau Zorlu zum Wohngebiet Blumenhof zitiert der Bürgermeister aus einer Mail des Schulentwicklungsplaners Tilmann Bieber. Demnach würden bei insgesamt 35 Wohneinheiten – verteilt auf vier Jahre – pro Jahr weniger als 10 Wohneinheiten fertiggestellt. Selbst bei einer überproportionalen Belegung käme man auf nicht einmal dreißig Einwohner pro Jahr – vorausgesetzt, alle Bewohner würden von außen zuziehen. Statistisch rede man von 0,5 Einwohner pro Jahrgang – einschließlich der Kinder im Grundschulalter. Hinzu käme als weitere Unbekannte das Wahlverhalten der Eltern. In der Summe sei eine geringe, statistisch vernachlässigbare Stärkung der Grundschule Harmonie zu erwarten mit maximal einem Schüler pro Jahrgang.

Herr A. Finke erklärt, dass die CDU ihre Position aus dem Schulausschuss heute revidiere. Im Nachgang zur Entscheidung des Schulausschusses habe man den Eindruck gehabt, dass Entscheidung in Richtung Verbund ideologische Gründe hätte. Es sei aber nicht Aufgabe der Politik, sich in die Konzeption der Schulen einzumischen. Zu gegebener Zeit werde man sehen, ob ein Verbund nötig sei. Allerdings stelle sich die Frage des Tempos. Es sei zu prüfen, ob die Schule eine Chance auf Eigenständigkeit habe. Treffe man heute die Entscheidung, sei diese Chance von vorneherein verspielt. Der im Schulausschuss vorgelegte Beschlussvorschlag der Verwaltung beinhalte die Vorbereitung des Verbundes. Bis Mitte 2017 sei er nicht zwingend erforderlich. Einigkeit bestehe übergreifend, alle Standorte eigenständig zu erhalten. Bei Alzenbach und Mühleip habe man sich nach vorheriger Beteiligung der Schulkonferenzen nun auf einen Verbund verständigt. Diesen Maßstab müsse man auch auf die beiden anderen Schulen anwenden. Es gebiete schon die Höflichkeit, auch hierbei die Schulkonferenzen zu hören. Man beantrage, den Beschlussvorschlag der Verwaltung, der auf eine mögliche Vorbereitung eines Verbundes abstelle, zur Abstimmung zu stellen. Letztendlich sei eine breite Schullandschaft auch Standortfaktor. Wenn es dann letztlich doch zum Verbund komme, habe man sich aber zuvor ausführlich mit der Thematik befasst und könne sich bei der Entscheidung in die Augen sehen.

In Bezug auf die Beschlussempfehlung der Verwaltung, stellt Herr Finke ausdrücklich klar, dass die Vorbereitung des Schulverbundes nur dann zu erfolgen habe, wenn die Zahlen dies erforderten. Er wolle hierdurch keinen Automatismus erwirken.

Auch Herr Scholz favorisiert den Vorschlag der Verwaltung. Es stehe fest, dass man in der Sache unter Druck stehe und auch den rechtlichen Anforderungen entsprechen müsse. Gleichwohl müsse man Lehrer, Schüler und Eltern in diesem Prozess mitnehmen.

Herr Böhm stellt klar, dass es beim FDP-Vorschlag eindeutig nicht um das pädagogische Konzept gehe. Auch das Ziel der FDP sei der Erhalt aller vier Standorte. Die Zeitschiene sei bekannt und von daher habe man auch nicht auf das Tempo gedrückt. Es ginge lediglich darum, den „Grad der Verbindlichkeit“ zu erhöhen. Nach alledem bleibe die FDP bei ihrem Antrag aus dem Schulausschuss.

Nachdem sich keine Wortbeiträge mehr ergeben, stellt der BM fest, dass der FDP-Antrag der weitergehende sei und er in der Folge zunächst über den Schulverbund Mühleip/Alzenbach, den FDP-Antrag und im Falle dessen Ablehnung über den Verwaltungsvorschlag abstimmen lasse.